

**Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen
an Eltern, deren Kinder eine genehmigte Einrichtung zur Betreuung von
Kindern im Vorkindergartenalter in Linden besuchen**

Die Stadt gewährt Zuschüsse an Eltern, deren Kinder von dem Betreuungsangebot für Kinder im Vorkindergartenalter in privaten Einrichtungen in Linden Gebrauch machen. Es muss sich dabei um Einrichtungen handeln, die durch das Landesjugendamt genehmigt sind.

Bei den Zuschüssen handelt es sich um freiwillige Leistungen der Stadt Linden. Sie werden im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel gewährt. Auf Zahlung von Zuschüssen besteht kein Rechtsanspruch. Von den Eltern wird neben weiteren Zuschüssen eine angemessene Eigenbeteiligung erwartet.

Die Zuschüsse werden nach den folgenden Richtlinien gewährt:

- (1) Von dem Elternverein "Die Mäuschen" und evtl. noch weiteren zu gründenden gemeinnützigen Vereinen oder sonstigen bereits anerkannten gemeinnützigen Einrichtungen werden Angebote zur Betreuung von Kindern im Vorkindergartenalter gemacht oder können noch gemacht werden. Dabei muss es sich um Einrichtungen handeln, die allen Kindern - gleich welcher Konfession, Nationalität, Geschlecht usw. - offen stehen und die von dem Landesjugendamt als eine solche Einrichtung anerkannt sind. Die entsprechenden Nachweise, Satzungen und dergleichen sind dazu der Stadt Linden vorzulegen. Die Kinder müssen mit erstem Wohnsitz in Linden gemeldet sein.

Um allen Kindern die Möglichkeit zu geben, von diesem Betreuungsangebot Gebrauch zu machen, fördert die Stadt die Teilnahme an diesen Betreuungsangeboten durch finanzielle Unterstützung in den Fällen, in denen bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten werden. Mit dieser Förderung soll in erster Linie die Betreuung von Kindern, deren alleinerziehende Mütter oder deren beide Elternteile berufstätig sind, studieren oder aus anderen Gründen die Betreuung nicht selbst übernehmen können, unterstützt werden. Auf Anforderung ist nachzuweisen, dass eine anderweitige Betreuung nicht möglich ist. Die Höhe der Förderung ist vom Familien-Einkommen abhängig.

- (2) Die Zahlung der Zuschüsse erfolgt unmittelbar an die Leitung der Einrichtung, die der Stadt gegenüber für die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel verantwortlich ist.

Die Auszahlung erfolgt monatlich nach Vorlage eines Verwendungsnachweises in Form einer Liste der Namen der Kinder, die von dem Betreuungsangebot Gebrauch gemacht haben. Es können monatliche Abschlagszahlungen oder Vorausleistungen gezahlt werden.

Die Höhe des Zuschusses richtet sich nach den zu zahlenden Elternbeiträgen. Es gelten jedoch folgende Höchstgrenzen:

- a) 41,00 Euro sofern das monatliche Brutto-Familien-Einkommen das dreifache des jeweils geltenden Regelsatzes der Sozialhilfe nicht übersteigt.
- b) 31,00 Euro sofern das monatliche Brutto-Familien-Einkommen das vierfache des jeweils geltenden Regelsatzes der Sozialhilfe nicht übersteigt.

Als Nachweis der Voraussetzung hierzu genügt eine schriftliche Erklärung der Eltern oder Alleinerziehenden gegenüber der Stadt im Rahmen des Zuschussantrages. Alle Änderungen des Einkommens sind der Stadt sofort mitzuteilen. Die Stadt behält sich eine Überprüfung der Angaben durch Vorlage der tatsächlichen Einkommensnachweise, Steuererklärungen und Ähnliches vor. Soweit auf entsprechendes Verlangen ein Nachweis nicht innerhalb eines Monats geführt werden sollte, entfällt die Zahlung des Zuschusses für die Zukunft. Sollte festgestellt werden, dass Eltern oder Alleinerziehende zu Unrecht Zuschüsse erhalten haben, sind diese innerhalb von einem Monat zurückzuzahlen. Die Berechnung von banküblichen Zinsen bleibt vorbehalten.

- (4) Bruttobezüge im Sinne dieser Richtlinien sind alle Beträge, die zur Bestreitung des Lebensunterhaltes dienen, beispielsweise aus nichtselbständiger oder selbständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb oder aus Land- und Forstwirtschaft, aus Kapitalvermögen, Wohngeld, Kindergeld und Kinderzuschlägen, Unterhaltsbeiträgen, Arbeitslosengeld, Sozialhilfeleistungen, Krankengeld, Renten usw. Urlaubs- bzw. Weihnachtsgeldzuwendungen sowie sonstige Sonderzahlungen jeglicher Art sind umzulegen.

Leben Vater oder Mutter eines Kindes in nicht ehelicher Lebensgemeinschaft mit einer anderen Person und führen mit dieser einen gemeinsamen Haushalt, so ist auch das Einkommen des Lebenspartners mit einzubeziehen.

- (5) Diese Änderung tritt ab der Beschlussfassung (19.04.2005) in Kraft. Gleichzeitig treten die entsprechenden Vorschriften der vorbezeichneten Richtlinie in ihrer bisherigen Fassung außer Kraft.

Linden, den 27. Mai 2005

DER MAGISTRAT
gez. Dr. Lenz
Bürgermeister